

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

Sitzungstermin: Dienstag, 15.03.2016
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

SPD-Fraktion

Arends, Matthias für Helga Grix
Bamminger, Berendine
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich
Odinga, Hinrich für Albert Ohling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Claaßen, Jens
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

Beratende Mitglieder

Geerken, Rainer
Hempel, Rainer
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Jugendhilfeausschuss

SPD-Fraktion

Meinen, Regina

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen für Katja Lechner

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jensen, Imke
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Engelberts, Birte
Schäfer, Stephanie
Wilts, Elfriede
Reibe, Ulf

Schulausschuss

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico
Paßmann, Annette
Brunken, Karola

für Benjamin Swieter

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Hegewald, Reinhard

(bis 17:55 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Engelberts, Michael
Kalvelage, Arthur
Molthagen-de Beer, Insa
Passe, Heino
Seeck, Dietmar
Stüber, Gudrun

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Grendel, Volker
Schabler, Martin
Potthast, Sina
Szag, Elisabeth

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 4 Sachberichterstattung Konzept Sozialplanung;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2016
Vorlage: 16/2046

Herr Claaßen weist darauf hin, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei die Sozialplanung ein zentrales und wichtiges Thema. Die Stadt Emden habe in diesem Zusammenhang in den nächsten Jahren insbesondere in den Bereichen demografischer Wandel und Stadtentwicklung erhebliche Aufgaben zu bewältigen. Aus den tatsächlichen Ergebnissen der Sozialplanung erwarte er zukünftig für die entsprechenden Beschlussfassungen wichtige Erkenntnisse für Rat und Verwaltung.

Herr Sprengelmeyer erklärt, der Verwaltungsausschuss habe bereits in der Sitzung vom 23.06.2008 beschlossen, eine Überprüfung des Personalbedarfs im Fachbereich 500 in Auftrag zu geben. Am 13.05.2009 habe die Firma BSL Public Sector Managementberatung GmbH aus Bergheim ihre Ergebnisse der Personalbedarfsermittlung vorgetragen. Im Zuge der Bemessung solle ein Büro Sozialplanung angestrebt und aufgebaut werden. Im „Büro“ würden die Funktionen der bisherigen Sozialplanung, der Datenpflege, der Fachplanung Gesundheitsberichterstattung sowie eine Koordinationsfunktion für übergreifende Themen wie Integration oder Gemeinwesen gebündelt und so „Schlagkraft“ erzielt.

Der Steuerkreis setze sich auch dem Vorstand, der Gleichstellungsbeauftragten sowie insbesondere den Fachbereichen 300, 500 und 600 zusammen. Gerade diese drei Bereiche müssten sehr vertraulich und wirkungsvoll zusammenarbeiten, sodass es sinnvoll gewesen sei, die verschiedenen Planungsbereiche der klassischen Stadtentwicklungsplanung und der Sozialplanung zusammenzufassen und miteinander zu verbinden. Die Erarbeitung des Konzepts habe

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Innerhalb der Stadtverwaltung habe sich aufgrund personeller Veränderungen dann die Chance ergeben, dieses Büro Anfang 2015 zu initiieren und auszustatten. Dies hätte keine zusätzlichen Mehrkosten im Personalbereich zur Folge gehabt.

Bisher seien sehr wirkungsvolle neue Ansätze für die Stadt erarbeitet worden.

Frau Potthast und Herr Schabler stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die Stabsstelle Sozialplanung vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die ausführliche Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

Über das Förderprojekt Bildung integriert sollen laut Auskunft der Verwaltung zwei Projektmitarbeiter/innen sowie für die kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte ein/e Projektmitarbeiter/in eingestellt werden. Sie bittet um Auskunft bezüglich der Finanzierung dieser Stellen.

Die Aufteilung in 40 Sozialräume schaffe eine eindeutige Struktur. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Ergebnisse in den einzelnen Sozialräumen in Zukunft regelmäßig präsentiert würden.

Des Weiteren fragt sie, ob die von Herrn Engels in der Vergangenheit erarbeiteten Sozialplankataloge übernommen und vernetzt würden.

Herr Sprengelmeyer merkt an, die Stadt Emden wolle Sozial- bzw. Erziehungswissenschaftler für den Bereich Sozial- und Bildungsmonitoring einstellen. Das Projekt sehe eine 50%-Projektfinanzierung vor. Da die Stadt Emden auf beiden Projektstellen vorhandenes Personal einsetze, würde die ausgeschriebene Stelle des Bildungsmanagers voll über das Projekt finanziert und es müssten keine zusätzlichen Personalkosten eingesetzt werden. Zusätzlich erhalte die Stadt für Fortbildungen und Reisekosten ebenfalls finanzielle Mittel. Für den Förderzeitraum von drei Jahren müssten so pro Jahr lediglich 2.500 € aufgewendet werden.

Die Stadt Emden sei die erste Kommune, die für die Schaffung der Stellen einen Bewilligungsbescheid erhalten habe. Damit sei für die zukünftige Ratsarbeit eine Grundlage gebildet worden, um sozialraumbezogen und datenbasiert entscheiden zu können sowie beschlossene Maßnahmen mit einem Monitoring zu begleiten, hinsichtlich der Zielerreichung zu bewerten und auf dieser Basis zu evaluieren.

Herr Schabler erläutert, dass alle datenschutzrechtlich zugelassenen Daten auf die 40 Sozialräume zugeschnitten würden. Beispielsweise könne für die Teilgebiete der Altenquotient bestimmt werden. Ebenso wichtig sei das Bilden von Sozialindizes. Verschiedene Indikatoren würden zusammengelegt, um zu erkennen, wo beispielsweise Armut in Emden, reichere und ärmere Sozialräume oder eine Bündelung von verschiedenen sozialen Problemstellungen auftrete. Anhand von Karten lasse sich dies hervorragend darstellen. Den politisch entscheidenden Personen werde damit verdeutlicht, wo Handlungsbedarf bestehe. Dies könne ebenso die Grundlage sein, um Entscheidungen zu treffen und Ressourcen einzusetzen. Seines Erachtens sei dies eine wesentliche Planungsgrundlage für eine Stadt.

Herr Engels habe gerade was den Gesamtüberblick angehe eine hervorragende Arbeit geleistet. Diese Vorarbeiten würden selbstverständlich weiter berücksichtigt und genutzt. Der große Unterschied bestehe in dem Zuschnitt der Sozialräume. Herr Engels habe die Stadtteile zu vier

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

größeren Gebieten zusammengefasst. Der jetzige Ansatz gehe viel mehr in die Tiefe und betrachte die Stadt kleinräumiger. Insofern würden an der Stelle tatsächlich die Informationen auf einer neuen Grundlage analysiert.

Herr Grendel ergänzt, ebenso wichtig seien beispielsweise Zeitreihen zu den Entwicklungen in bestimmten Bereichen. Mit den Daten von Herrn Engels könne diese Darstellung zurzeit nur begrenzt auf die bisherigen Bereiche durchgeführt werden. Beim Monitoring über bestimmte Maßnahmen in Stadtteilen habe die sozialräumliche Gliederung Vorteile. Über die gesamte Stadt könne nicht gemessen werden, ob ein durchgeführtes Projekt in einem Stadtteil Wirkung erzeugt habe. Das tatsächliche Nachweisen der Wirkungen der Maßnahmen erfordere die Beobachtung und Analyse kleinräumiger Sozialräume.

Frau E. Meyer fragt, ob beispielsweise bei festgestellten Mängeln in einem Sozialraum im Bereich Jugend und Schule mit dem Jugendamt zusammengearbeitet oder selbst Maßnahmen umgesetzt würden.

Herr Sprengelmeyer erörtert, für die integrierte Sozialplanung sei eine Steuergruppe eingerichtet worden. In dieser Steuergruppe seien die Fachbereichsleiter der Fachbereiche 300, 500 und 600 beteiligt. Die Planung würde letztendlich in Abstimmung mit dem Rat erfolgen. Die zu erhebenden Kennzahlen würden selbstverständlich dauerhaft miteinander abgesprochen werden. Die Kennzahlen würden dann zu den umzusetzenden Maßnahmen führen, da diese die Anforderungen der Sozialräume verdeutlichen. Die Umsetzung obliege über die Produkte den Fachbereichen und Fachdiensten, um eine entsprechende Wirkung zu erzielen. Dieser Prozess werde federführend und steuernd über den Rat und seine Ausschüsse gestaltet.

Intern habe sich in den letzten Jahren eine enge Kooperation zwischen den Fachbereichen ergeben. Dies mache sich tatsächlich mittlerweile in der alltäglichen Arbeit bemerkbar. Insbesondere werde beispielsweise zurzeit im Bereich der Flüchtlingsthematik eng zusammengearbeitet.

Herr Claaßen möchte wissen, wo das Spannungsfeld zwischen dem berechtigten öffentlichen Interesse der Datensammlung und dem Interesse des Datenschutzes sei.

Herr Grendel bemerkt, die Statistikstelle diene sozusagen als Lieferant der Daten, die sowieso datenschutzrechtlich verwendet und weitergegeben werden dürfen. In der Regel seien die Daten bereits anonymisiert oder ausgewertet. Dadurch erhalte man zwar eine Datenbasis, jedoch keine relevanten Daten wie Name, Vorname oder Straße. In diesen geschützten Stellen würden die Daten in den Bezug Sozialraum umgewandelt. Auf dieser Datenbasis könnten ohne Gefährdung des Datenschutzes Auswertungen durchgeführt und Aussagen getroffen werden. Aus diesen Auswertungen könnten wiederum Handlungsansätze mit den Fachbereichen und Fachdiensten entwickelt werden.

Herr Buisker meint, das Sammeln der Daten bedeute selbstverständlich sehr viel Arbeit. Er möchte daher wissen, wie regelmäßig der Rat Informationen über das Geleistete und die Entwicklungen erhalte. Ebenso fragt er, wie dauerhaft diese Sozialplanung sei. Für die nächsten drei Jahre sei dies aufgrund der geförderten Stellen relativ sicher.

Herr Schabler gibt an, mit der Einrichtung der Stabsstelle Sozialplanung habe die Stadt Emden die Grundlage für etwas Dauerhaftes geschaffen. Es sei eine neue Struktur aufgebaut worden. Solange die Stabsstelle Sozialplanung vorhanden sei, werde die Arbeit in dieser Kontinuität weitergeführt. Das Bildungsmonitoring sei bei der Stabsstelle Sozialplanung angebunden und werde zunächst über drei Jahre aufgebaut. Innerhalb der Struktur Stabsstelle Sozialplanung

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

werde dies selbstverständlich weitergeführt. Der Rat werde auch in Zukunft außerhalb des Programms Bildung integriert regelmäßig Informationen zu den vorgestellten Themen erhalten.

Der Stichtag für die Erstellung der Übersicht aller Daten sei jedes Jahr der 31.12. Auf Grundlage der Indikatoren werde einmal im Jahr ein Monitoringbericht erstellt, sodass jedes Jahr eine aktualisierte Datengrundlage vorliege. Im Rahmen des geförderten Projektes Bildung integriert würden größere Berichte in Form von Sozialberichten und Bildungsberichten angestrebt. Dies seien jedoch je nach Absprache mit der Politik erforderliche Sonderberichterstattungen, die auch thematisch spezialisiert werden könnten. In diesem Bereich gebe es somit keinen jährlichen Berichtsrhythmus, sondern je nach Themenfeldern gesonderte Berichte.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, Bildung integriert und das Bildungsmanagement würden sich nicht nur auf den Kinder- und Jugendbereich beziehen. Es gehe letztlich um die Entwicklung von sukzessivem lebenslangem Lernen.

Der Steuerkreis Schulentwicklungsplanung werde sich ebenfalls in Zukunft dieser Daten bedienen und sich mit einem Bildungsmonitoring beschäftigen.

Herr Mecklenburg weist darauf hin, dass in früheren Jahren in den Sozialräumen sogenannte Sozialraumkonferenzen durchgeführt worden seien, um gemeinsame Vorhaben miteinander zu besprechen. Er fragt, ob dieses Modell der Bürgerbeteiligung weiterhin vorgesehen sei.

Die Bildungsregion Ostfriesland, in der die vier Gebietskörperschaften Ostfrieslands mit dem Land Niedersachsen und der Ostfriesischen Landschaft zusammenarbeiten würden, würde sich ebenfalls mit der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen beschäftigen. Daher befürchte er, dass es große thematische Überschneidungen mit der Arbeit der Stabsstelle geben werde. Bei der Bildungsregion Ostfriesland gebe es ebenfalls zwei Bildungskoordinatoren. Ein paralleles Arbeiten sei seiner Ansicht nach nicht von Vorteil. Thematisch zusammengehörende Themen sollten daher miteinander abgestimmt werden, um keine inhaltlichen Doppelstrukturen entstehen zu lassen. Dies sei in Emden sicherlich gewährleistet, da der Oberbürgermeister sowie Herr Sprengelmeyer in der Bildungsregion mitarbeiten würden. Dennoch bittet er um Auskunft, ob das vorgestellte Vorhaben und die anschließende Arbeit tatsächlich mit der Bildungsregion abgestimmt werde und der neu eingestellte Projektmitarbeiter dies berücksichtige.

Herr Schabler schildert, Sozialraumkonferenzen würden in Abhängigkeit von den Ergebnissen und Analysen in den Sozialräumen durchgeführt. Es werde somit kein flächendeckendes Prinzip sein, da dies zu aufwendig und bei 40 Sozialräumen strukturell nicht leistbar sei. Daher konzentriere man sich auf die Bereiche mit bestehendem Handlungsbedarf. Sobald die durchzuführenden Maßnahmen in den Sozialräumen abgestimmt seien, könne die Planung in Abstimmung mit den Bewohnern und den Akteuren vor Ort diskutiert werden.

Zu der Verknüpfung mit der Bildungsregion Ostfriesland erläutert er, dass Herr Sprengelmeyer von Beginn an auf die Arbeit der Bildungsregion hingewiesen habe. Gerade in den Übergangsbereichen Kindergarten/Schule und Schule/Studium oder Beruf gebe es eine breite Schnittmenge zu der Arbeit im Bildungsmonitoring. In jedem Fall werde das Bildungsbüro der Ostfriesischen Landschaft besucht. In diesem Zusammenhang werde ebenso das eingereichte Konzept vorgestellt sowie Fragen beantwortet. Der Aufbauprozess der Stadt Emden sowie die Schnittmengen auf der ostfriesischen Ebene würden ebenso dargelegt.

Frau E. Meyer fügt hinzu, vor vielen Jahren seien in jedem Stadtteil Sozialraumkonferenzen durchgeführt worden. Ihres Wissenstands nach gebe es diese Konferenzen nur noch in Port Arthur/Transvaal. Am Donnerstag habe es in diesem Stadtteil eine Sozialraumkonferenz mit

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

Teilnahme verschiedenster Institutionen gegeben. Diese werde regelmäßig drei bis vier Mal im Jahr durchgeführt, um sich gegenseitig auszutauschen und zu unterstützen. Sie befürwortet die Durchführung von zukünftigen Sozialraumkonferenzen in den anderen Stadtteilen. Ihres Erachtens hätten diese einen großen Nutzen.

Frau Bamminger fragt, ob die Projektmitarbeiter nach den genannten Förderzeiträumen von zwei und drei Jahren anschließend übernommen würden.

Herr Sprengelmeyer gibt an, die Stelle als Projektmitarbeiter/in im kommunalen Bildungsmanagement sei befristet für die Dauer von drei Jahren ausgeschrieben worden. Für die weitere Stelle des „Bildungskoordinators für Neuzugewanderte“ habe die Stadt noch keinen Zuwendungsbescheid erhalten. Der Förderantrag sei bereits gestellt worden.

Das Projekt Bildung integriert sei in einer Sitzung des Steuerkreises Bildungsregion thematisiert worden. Es sei eruiert worden, ob dieses Projekt möglicherweise miteinander verbunden und gebietskörperschaftsübergreifend beantragt werden könne. Dies sei jedoch nicht möglich gewesen. Zusammen mit Herrn Bornemann und Frau Stüber sei Emden in der Bildungsregion vertreten, sodass die Schnittstellen auf jeden Fall kommuniziert und miteinander abgesprochen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die derzeitige Flüchtlings-situation in Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Szag teilt mit, an die Netzwerkskordinatorin Frühe Hilfen, Frau Obes, sei das Anliegen herangetragen worden, für Fachkräfte eine Arbeitshilfe zur Erlangung von Handlungssicherheit beim Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Kriegstraumata zu erarbeiten.

Zusammen mit Frau Obes und Frau Dr. Zander von der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien, seien Vorüberlegungen getätigt worden, welche Angebote und Maßnahmen Fachkräfte in Kindertagesstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen unterstützen und Handlungssicherheit vermitteln könnten. Als erster Schritt sei die Erarbeitung einer Broschüre mit wichtigen allgemeinen Funktionen und einer Art „Notfallkoffer“ in Angriff genommen worden. Hierfür sei ein zeitlich befristeter Arbeitskreis einberufen worden. Zur Mitarbeit in diesem Arbeitskreis seien aus dem Grundschulbereich eine Lehrkraft sowie die schulbezogene Sozialarbeit der Grundschule Westerburg, aus den weiterführenden Schulen ebenfalls eine Lehrkraft des JAG und die schulbezogene Sozialarbeit der IGS, eine Kraft aus dem Bereich der Kindertagesstätten, eine Kraft des Fachdienstes Sozialer Dienst sowie die Koordinatorin für Migration und Teilhabe Frau Imamovic eingeladen worden. Ein erster Entwurf des Inhalts sei in dieser Gruppe bereits erarbeitet worden. Dieser Entwurf werde vom Vorbereitungsteam zusammengestellt und überarbeitet. Im Mai werde ein weiteres Treffen dieses Arbeitskreises stattfinden, sodass die Broschüre zum Beginn des neuen Schuljahres und Kindergartenjahres den Fachkräften übergeben werden könne.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

TOP 6 Anfragen

1. Kapazitäten der Schulen in Emden

Herr Buisker möchte wissen, wie die Verteilung der Flüchtlingskinder an die einzelnen Schulen im Stadtgebiet organisiert sei. Insbesondere die Westerburgschule habe grundsätzlich keine freien Kapazitäten, dennoch würden sehr viele Flüchtlingsfamilien in diesem Gebiet untergebracht werden.

Herr Sprengelmeyer gibt an, jeden Montagmorgen um 08:00 Uhr treffe sich bezüglich der Verteilung eine fachbereichsübergreifende Gruppe. In diese Gruppe seien insbesondere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Fachdienst Wohnen, aus dem Fachdienst Schule und Sport sowie aus dem Bereich Kindertagesstätten involviert. Es würden keine Schulzuweisungen ohne Beteiligung der Verwaltung (insbesondere des Fachdienstes Schule und Sport) vorgenommen werden. Die Verteilung in die jeweiligen Einzugsbereiche sei nicht immer möglich, sodass mittlerweile ein Taxi-Unternehmen beauftragt werden müsse, um die Kinder und Jugendlichen an die Schulen zu befördern, in denen noch jahrgangswise freie Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Die maximale Anzahl der aufzunehmenden Schüler und Schülerinnen sei im ersten Jahrgang der Westerburgschule bereits erreicht. Für eine Teilung der Klassen seien die Räumlichkeiten nicht gegeben. Des Weiteren gebe es keine Fachkräfte für eine weitere Klasse. Der sechste Jahrgang sei ebenfalls stadtübergreifend fast komplett ausgelastet. Aus diesem Grund sei die Idee entstanden, eine schulpflichtersetzende Maßnahme zu implementieren. Dadurch könne neben den Sprachangeboten genauestens festgestellt werden, welche Schulform und welcher Jahrgang für die Kinder und Jugendlichen angemessen wäre. Dies gelte insbesondere für die weiterführenden Schulen. An allen Schulformen würden Zuwanderungskinder unterrichtet. Beispielsweise seien auch an den Gymnasien Sprachlernklassen eingerichtet worden. Mit großer Wahrscheinlichkeit würden die Fahrtkosten im Rahmen der Schülerbeförderung in Zukunft ansteigen. Dies sei selbstverständlich ein Thema des Steuerkreises Schulentwicklung.

Herr Arends fragt in diesem Zusammenhang, über welchen Zeitraum die zugewiesenen Kinder und Jugendlichen in der schulpflichtersetzenden vorbereitenden Maßnahme gebündelt und unterrichtet würden.

Herr Grendel stellt klar, bei der in Planung stehenden schulpflichtersetzenden vorbereitenden Maßnahme sollen die Kinder und Jugendlichen nicht separiert werden. Die Kinder und Jugendlichen würden dort zunächst zusammen unterrichtet, um einen besseren Start in der zukünftigen Schule zu erreichen. Die genaue Umsetzung müsse mit dem Land besprochen werden. Der Zeitraum könne beispielsweise quartalsweise zu den Ferien oder auch halbjährlich festgelegt werden. Deshalb sei eine zentrale Beschulung zwischen 2 und 7 Monaten möglich. Dies sei eine Frage der Abstimmung mit dem Ministerium.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, diese Thematik müsse insbesondere mit dem Ministerium abgeklärt werden. Das Land sei durchaus interessiert, dieses Modell zu entwickeln und weiter auszuarbeiten.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33)

2. Integrationskonzept für EU-Bürger

Herr Müller-Goldenstedt stellt fest, der Vortrag von Herrn Grendel habe sich auf die nach Emden Geflüchteten bezogen. In diesem Zusammenhang bittet er um Auskunft, inwieweit die Integration von EU-Bürgern in Emden organisiert sei. Immer mehr EU-Bürger würden in Emden zwar Arbeit jedoch keine Wohnung finden. Das Seemannsheim könne diesen Personen nur kurzfristig helfen. Des Weiteren seien die rechtlichen Möglichkeiten ebenfalls nicht bekannt, sodass teilweise hanebüchene Arbeitsverträge unterschrieben worden seien. Eine Rechtsberatung sei seines Erachtens vielfach sinnvoll. Die häufig aus Rumänien stammenden Personen würden ebenso nach einiger Zeit ihre Familien nach Emden nachholen. Er fragt, ob die Familien in das Konzept für die Flüchtlinge integriert werden könnten. Seines Erachtens sollte für die EU-Bürger ebenfalls ein Integrationskonzept erarbeitet werden.

Herr Grendel erklärt, die Aufnahme und Integration in das Konzept für die Flüchtlinge sei schwierig. Der EU-Bürger müsse sich in Deutschland komplett selbst versorgen. Diesen Personen würden keine Leistungen zustehen. Für einen zugewiesenen Flüchtling hingegen erhalte die Stadt eine gewisse Pauschale, mit der beispielsweise Wohnraum vermittelt oder bestimmte Maßnahmen eingeleitet werden können. Diese Möglichkeit bestehe bei den EU-Bürgern nicht. Dieser Vorteil könne für ein strukturiertes Arbeiten nicht genutzt werden. Des Weiteren erfahre die Stadt von den Schulzuweisungen dieser Kinder und Jugendlichen teilweise gar nicht. Aus diesem Grund sei die von Herrn Sprengelmeyer genannte Gruppe eingerichtet worden, um über andere Kanäle von diesen Zuweisungen zu erfahren. Da die Personen in Arbeit stehen, müssten diese sich in gewisser Art und Weise selbst finanzieren. Selbstverständlich gebe es dabei jedoch Risiken wie beim Wohnungsbezug oder bei den Arbeitsverträgen, die zukünftig auch in diesem Bereich eine verbesserte Beratung notwendig mache. Die Problematik sei hier jedoch der Zugang zu den Personen und Familien, die sich völlig freizügig in Deutschland aufhalten und jederzeit weiterziehen können. Somit könne hier selbst mit hohem Aufwand nur eine geringe Nachhaltigkeit erzielt werden. Der Probleme müsse man sich dennoch annehmen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.